

Mayer, Otto G.

**Article — Digitized Version**

## Weltwirtschaft am Wendepunkt

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Mayer, Otto G. (1975) : Weltwirtschaft am Wendepunkt, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 1, pp. 4-5

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134766>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

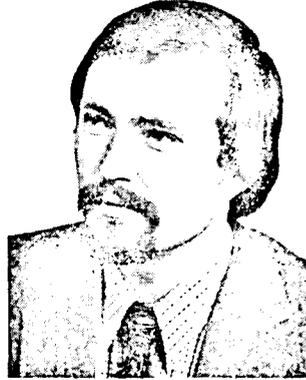
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## Weltwirtschaft am Wendepunkt

Zu Beginn des letzten Viertels dieses Jahrhunderts sehen sich nicht nur einzelne Staaten und Volkswirtschaften schier unüberwindlichen Schwierigkeiten gegenüber, sondern für die gesamte Welt und ihre wirtschaftliche Ordnung lassen sich kaum einigermaßen sichere Entwicklungen aufzeigen. Kein Wunder, daß optimistische Äußerungen und Erwartungen spärlich gesät sind und Skepsis überwiegt. Wenig Trost bietet auch der Hinweis im „Economist“, daß bisher jedes Vierteljahrhundert eine andere Entwicklung nahm, als die Stimmung zu Beginn erwarten ließ, und deshalb das neue Vierteljahrhundert „a period of great advance“ werden könnte. Zweierlei ist sicher: erstens wird die Zeit voranschreiten – und zwar im Hinblick auf die Probleme, die auf eine Lösung drängen, schneller als uns lieb sein wird, und zweitens wird es gewaltiger „Fortschritte“ im politischen, wirtschaftlichen, sozialen und technischen Bereich bedürfen, um diese Probleme zu lösen.

Doch während die Probleme größtenteils bekannt sind, ist unklar und umstritten, welche Schritte auf welchen Wegen zu ihrer Lösung unternommen werden sollen. Dies liegt nicht nur an der Vielfalt der Probleme, nicht nur daran, daß sie größtenteils eng miteinander verzahnt sind, nicht nur daran, daß sie teilweise gegenteilige Maßnahmen erfordern, sondern insbesondere auch daran, daß sich mit Beginn der 70er Jahre die Strukturen und Einrichtungen, in deren Rahmen sich nach dem Zweiten Weltkrieg das beispiellose Wachstum von Produktion und Handel, aber auch die Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit im allgemeinen vollzog, zusammenbrachen oder doch zumindest geschwächt und in Frage gestellt wurden. Meilensteine in dieser Entwicklung sind der Zusammenbruch des internationalen Handels- und Währungssystems, die Mißerfolge der ersten Entwicklungsdekade (die zweite ist auch schon zur Hälfte vorübergegangen, ohne sichtbar größere Erfolge gebracht zu haben), das gewandelte Verhältnis zwischen Industrieländern einerseits und rohstoffproduzierenden Entwicklungsländern andererseits, insbesondere die Kartellpolitik der erdölproduzierenden Staaten, sowie im westeuropäischen Raum der desolate Zustand der sogenannten Europäischen Gemeinschaft, und – last but not least – dürfte auch der Verlauf der 29. Vollversammlung der UN in den letzten Monaten des gerade vergangenen Jahres in diese Reihe aufzunehmen sein.

Nahezu alle diese Ereignisse hatten und haben wirtschaftliche Probleme zur Folge, die zwangsläufig auftreten müssen, wenn mehr oder weniger abrupt bestehende Ordnungen bzw. Rahmendaten geändert werden. Abrupte Änderungen sind aber im Regelfall Ausfluß von politischen Strömungen und entsprechenden Verschiebungen in den Machtpositionen, die entweder nicht erkannt werden oder sich einer Steuerung im Sinne eines reibungslosen Übergangs entziehen. Beides sind Zeichen von Ignoranz und Führungsschwäche.

Der bekannte US-Ökonom Charles P. Kindleberger hat erst vor einiger Zeit in einer Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Jahrhundert auf die Notwendigkeit einer starken Führung nicht nur in den politischen, sondern auch im Rahmen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen hingewiesen. Die Krisen der zwanziger und dreißiger Jahre sind vor allem dadurch möglich geworden, daß

Großbritannien nicht mehr und die Vereinigten Staaten noch nicht eine Führungsrolle haben übernehmen können bzw. wollen, und die Entwicklungen Ende der sechziger und zum Beginn der siebziger Jahre sind eine Folge des Rückgangs der dominierenden Stellung der Vereinigten Staaten. Da niemand zu sehen ist, der die politische und wirtschaftliche Potenz besitzt, um dieses Machtvakuum zu füllen, liegt natürlich die Prognose von zumindest größeren wirtschaftlichen Kalamitäten für die westlichen Industrieländer und damit auch für die Weltwirtschaft nahe.

Die Kissinger-Drohung an die erdölproduzierenden Staaten, im Falle einer Strangulation militärisch einzugreifen, ist deshalb alles andere als ein Zeichen von Stärke, sondern nur ein Beweis für die schwächer gewordene politische und wirtschaftliche Position der westlichen Industrieländer. Auch der neue Slogan über die Bundesrepublik als der neuen „Weltmacht wider Willen“ setzt das Interesse der Bundesrepublik an politisch und wirtschaftlich stabilen Verhältnissen in ihren Nachbarstaaten und der Weltwirtschaft im allgemeinen allzu sehr gleich mit ihrer Potenz und Kompetenz, entsprechende Maßnahmen durchzusetzen. Eine große außenwirtschaftliche Abhängigkeit von der Entwicklung anderer dürfte nicht gerade eine gesunde Basis für machtpolitische Ambitionen sein.

Aufgrund ihrer relativ stabilen, wenn auch gefährdeten wirtschaftlichen Basis kann aber die Bundesrepublik eine Mittlerrolle übernehmen, um die Interessen der USA und der europäischen Staaten auf einen – und hoffentlich nicht den kleinsten – gemeinsamen Nenner zu bringen. Nur dadurch ließe sich das genannte Machtvakuum soweit vermindern, daß es möglich wäre, weitere abrupte Änderungen und damit Störungen in der Weltwirtschaft zu vermeiden. Andernfalls steht nicht nur die liberale Wirtschaftsordnung im internationalen und nationalen Rahmen auf dem Spiel, sondern auch die politischen Systeme in den westlichen Ländern.

Daraus ergibt sich für die Industrieländer, im wohlverstandenen Eigeninteresse nicht wie in der Vergangenheit nur ihre eigenen naheliegenden Probleme im Auge zu haben, sondern eventuell in manchen Bereichen im Interesse der Weltwirtschaft insgesamt auch kurzzutreten. Es geht nicht mehr darum, nur die eigenen vermeintlichen Rechte und Standards durchzusetzen, sondern bestimmte Veränderungen hinzunehmen und sogar mittel- bzw. längerfristig einzuleiten.

Dazu gehört auch die aktive Auseinandersetzung mit der von einer überwältigenden Mehrheit von 117 von 131 Mitgliedstaaten der UN angenommenen „Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten“. Rechtlich ist die Charta zwar unverbindlich, aber deshalb noch nicht ungefährlich. Sie gibt das Erwartungsmuster ab, nach dem die Politik aller westlichen Industrieländer beurteilt werden wird. Der erste Prüfstein in dieser Hinsicht steht schon bald bevor, wenn im Februar die Verhandlungen im Rahmen des GATT beginnen. Zwar gab es in der Vergangenheit schon andere Beschlüsse internationaler Organisationen, sogar mit Zustimmung der Industrieländer, die formal ohne Inhalt blieben. Man denke nur daran, daß die Industrieländer 1 % des Bruttosozialproduktes an Entwicklungshilfe bzw. 0,7 % an öffentlicher Hilfe leisten sollten: eine Konsequenz der Nichterfüllung dieser „Verpflichtungen“ (neben anderen Faktoren) ist aber nun die Charta. Sich vorzustellen, was danach kommen mag, sei der Phantasie anheimgestellt. Nur wenn die Multilateralität wieder oder besser: endlich in den internationalen Beziehungen dominiert, besteht die Chance, daß eine wirkliche Weltwirtschaftskrise oder sogar mehr vermieden wird und sich die vom „Economist“ geäußerte Hoffnung für die nächsten Jahre erfüllt.

---

#### In eigener Sache . . .

*Die steigenden Preise, bei Papier z. B. um rund 60% im vergangenen Jahr, erzwingen die Wahl eines anderen Papiers, wenn die Kostensteigerungen nicht zu Lasten des Inhalts oder des Abonnementspreises gehen sollten. Bei diesen Alternativen entschieden wir uns für das kleinere Übel und hoffen auf das Verständnis unserer Leser.*

Die Redaktion